

Auf einen Blick

Schrittweise Schulöffnungen für digitalen Fortschritt nutzen

Ausgangslage

Die letzten Wochen haben das deutsche Schulsystem auf die Probe gestellt. Es wurde deutlich, dass die meisten Schulen auf die Umstellung zum digitalen Fernunterricht nicht ausreichend vorbereitet waren. Viele Lehrkräfte haben mit kreativen Lösungen dazu beigetragen, dass digitaler Unterricht stattfinden konnte und dabei neue Plattformen und Werkzeuge erprobt. Die Schulen sollen jetzt schrittweise wieder den gewohnten Unterrichtsbetrieb aufnehmen. Nun bietet sich die Chance, die Erfahrungen aus den vergangenen Wochen weiterzuentwickeln und langfristig in den Schulalltag zu integrieren. Die Öffnung der Schulen sollte kein erneuter Rückschritt für die Digitalisierung im deutschen Bildungswesen bedeuten.

Bitkom-Bewertung

Geht in die richtige Richtung: Die kurzfristige Bereitstellung von 500 Mio. Euro für die Hardware-Ausstattung von benachteiligten Kindern begrüßen wir. Ein Zuschuss von 150 Euro pro Schülerin und Schüler wird aber nicht ausreichen. **Unser Ziel ist es**, ein „digitales Kindergeld“ in Höhe von 300 Euro für einen Zeitraum von drei bis vier Jahren zu etablieren. Zudem werden weitere, vom Digitalpakt unabhängige, finanzielle Mittel für digitale Bildung benötigt.

Das Wichtigste

Im Bitkom sind neue Anbieter genauso wie Mitglieder mit großer Nähe zu den klassischen Diensten vertreten. Unser Papier zeichnet daher mögliche Kompromisslinien vor:

- **Bildungsgerechtigkeit bei parallelem Präsenz- und Fernunterricht**

Damit jedes Kind auch von zu Hause am digitalen Unterricht teilnehmen kann, muss ein angemessenes „digitales Kindergeld“ finanzschwache Familien bei der Beschaffung von Endgeräten unterstützen.

- **Sicherheit, Qualität und Flexibilität zusammendenken**

Jede Lehrkraft muss ohne Bedenken digitale Bildungsinhalte im Unterricht anwenden können. Dafür braucht es Hilfestellungen zur Beurteilung der Datenschutzkonformität und Qualität von Online-Tools.

- **Digitale Plattformen und Inhalte auch im alltäglichen Schulbetrieb**

Digitale Plattformen und Inhalte müssen auch über die Corona-Krise hinaus fest an Schulen etabliert werden. Dafür sind neben den bereitgestellten 100 Mio. Euro aus dem Digitalpakt weitere Investitionen nötig.

Bitkom-Zahl

83 Prozent der Schülerinnen und Schüler sehen in der Digitalisierung eine Chance für die Schulen (lt. einer Studie von [Bitkom Research](#)).

Stellungnahme

Schrittweise Schulöffnungen nutzen und Digitalisierung im Bildungswesen vorantreiben

5. Mai 2020

Seite 1

Corona-Krise als Beginn der digitalen Ära an Schulen

Die letzten Wochen haben das Bildungswesen auf die Probe gestellt. Es wurde deutlich, dass die meisten Schulen auf die Umstellung zum digitalen Fernunterricht nicht ausreichend vorbereitet waren. Es mangelte an technischer Hardware-Ausstattung, digitalen Lernangeboten und insbesondere am Know-how, digitalen Unterricht umzusetzen.

Viele Lehrerinnen und Lehrer (LuL) haben mit kreativen Lösungen dazu beigetragen, dass digitaler Unterricht stattfinden konnte und dabei neue digitale Plattformen und Tools erprobt. Solche Fähigkeiten und Lösungen sollten weder Experiment noch Glücks-sache sein, sondern Grundlage eines modernen Bildungswesens.

Jetzt sollen die Schulen schrittweise wieder den gewohnten Unterrichtsbetrieb aufnehmen und zwar ohne einen Rückfall in die Kreidezeit. Es wird noch längere Zeit dauern, bis alle Schülerinnen und Schüler (SuS) wieder am Präsenzunterricht teilnehmen können. Vor diesem Hintergrund sollten Maßnahmen ergriffen werden, um sowohl den Präsenzunterricht als auch den digitalen Fernunterricht ansprechend gestalten zu können. Es bietet sich nun die Chance, die Erfahrungen aus den vergangenen Wochen weiterzuentwickeln und langfristig in den Schulalltag zu integrieren. Die Öffnung der Schulen sollte kein erneuter Rückschritt für die Digitalisierung des deutschen Bildungswesens bedeuten.

Deshalb sind Bund und Länder gefragt, eine geregelte Wiederaufnahme des Schulbetriebs zu ermöglichen und Investitionen in digitale Bildung zu verstärken. Dabei müssen folgende Punkte besonders fokussiert werden:

1. Bildungsgerechtigkeit bei parallelem Präsenz- und Fernunterricht

Insbesondere in der Anfangsphase der Schulöffnungen wird es zu einer Doppelbelastung für LuL kommen, sowohl Präsenzunterricht in den Abschlussklassen als auch weiterhin digitalen Fernunterricht für andere Klassenstufen anzubieten. Hierbei muss gewährleistet werden, dass alle SuS am Unterricht teilhaben können. Für den digitalen Fernunterricht muss unabhängig von sozialer Herkunft ein Endgerät zur Verfügung gestellt werden. Die dafür vom Bund bereitgestellten 500 Mio. Euro begrüßen wir. Allerdings wird ein Zuschuss von 150 Euro pro SuS dafür nicht ausreichen. Stattdessen schlagen wir ein „digitales Kindergeld“ in Höhe von 300 Euro vor. Nur so kann in nachweislich finanzschwachen Familien gewährleistet werden, dass Kinder mit den nötigen Endgeräten für den digitalen Fernunter-

Bitkom
Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation
und Neue Medien e.V.

Nina Brandau
Referentin Bildungspolitik
T +49 30 27576-566
n.brandau@bitkom.org

Celina Hirt
Referentin Bildungspolitik
T +49 30 27576-162
c.hirt@bitkom.org

Albrechtstraße 10
10117 Berlin

Präsident
Achim Berg

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Stellungnahme Digitale Schulbildung langfristig etablieren

Seite 2|3

richt ausgestattet sind. Eine solche finanzielle Unterstützung sollte alle drei bis vier Jahre erfolgen. Für die Auszahlung der Gelder braucht es einen strukturierten Prozess, der die Zuständigkeiten der Kultusministerien, Sachaufwandsträger sowie der Sozialkassen klar definiert. Darüber hinaus sollten Schulträger in diesen Prozess eingebunden werden, da diese die Bedarfe der SuS am besten einschätzen können. So kann gewährleistet werden, dass die finanziellen Mittel zur Anschaffung von Endgeräten zügig und unkompliziert bei betroffenen Familien ankommen. Insbesondere im Bildungsbereich bietet die Digitalisierung enorme Potenziale, um eine Chancenangleichung für sozial benachteiligte Gruppen, darunter auch SuS und LuL mit Behinderungen oder mit Migrationshintergrund, herzustellen. Hier machen sich barrierefreie digitale Angebote und passende Bedienungshilfen bezahlt und sollten auch weiter ausgebaut und gefördert werden.

2. Sicherheit, Qualität und Flexibilität zusammendenken

Lehrkräfte können den Einsatz digitaler Werkzeuge und Bildungsinhalte über die Corona-Zeit hinaus nur dann problemlos erproben und langfristig etablieren, wenn Bedenken über rechtliche Grauzonen aus dem Weg geräumt werden. An dieser Stelle wäre es zu begrüßen, wenn Schulen Hilfestellungen zur Beurteilung der Datenschutzkonformität und Qualität von Online-Tools bekämen. Verlässliche Auskünfte und Anleitungen darüber, welche Werkzeuge Qualitätsstandards erfüllen und rechtssicher im Unterricht eingesetzt werden können, würden Hürden im digitalen Unterricht abbauen. Die Entscheidungsverantwortung darf hier nicht alleine bei den LuL liegen. Gleichzeitig muss den Schulen ein Handlungsspielraum eingeräumt werden. Nur durch eine gewisse Fehlertoleranz und die notwendige Flexibilität können innovative Lernkonzepte entstehen.

3. Digitale Plattformen und Inhalte auch im alltäglichen Schulbetrieb

Digitale Lernplattformen und Bildungsinhalte, die von Bund und Ländern bereitgestellt wurden, sollten nicht als Corona-Ausnahmelösungen betrachtet werden, sondern langfristig und nachhaltig Einzug in Schulen erhalten. Learning Management Systeme haben sich in den letzten Wochen bewährt. Diese können für die Bereitstellung und Sammlung von Lehrmaterialien sinnvoll eingesetzt werden. Insbesondere in der Übergangszeit, in der noch nicht alle in die Klassenzimmer zurückkehren dürfen, können so alle SuS auf Lernmaterialien zugreifen. Zudem sollten digitale Lerninhalte als ergänzendes Angebot gefördert werden. Die kurzfristig zur Verfügung gestellten 100 Millionen Euro aus dem Digitalpakt zur Anschaffung von Online-Lernplattformen stellen eine Initialinvestition dar. Hier werden zusätzliche, vom Digitalpakt unabhängige, finanzielle Mittel benötigt, um eine nachhaltige Verbesserung zu erzielen. Die Lizenzkosten für qualitativ hochwertige Lernplattformen sowie digitale Bildungsinhalte sollten langfristig mit von Bund und Ländern getragen werden. Für die Übergangsphase des parallelen Präsenz- und Fernunterrichts können 100 Euro pro SuS zur Anschaffung digitaler Lerninhalte, Lizenzen und Plattformen ein hybrides Unterrichtsmodell begünstigen.

Stellungnahme

Digitale Schulbildung langfristig etablieren

Seite 2|3

4. Hardware und Medienkonzepte sind der Grundstein für eine digitale Schule

Eine erfolgreiche Digitalisierung im Bildungswesen ist nur mit der entsprechenden Hardware möglich ist. Damit Schulen künftig die notwendigen Endgeräte und Infrastrukturen auch vor Ort zur Verfügung stehen, müssen die Digitalpaktgelder zügig fließen. Insbesondere in der jetzigen Ausnahmesituation sollte eine unkomplizierte und unbürokratische Anschaffung der benötigten Hardware und Bildungsinhalte ermöglicht werden. Hier sind die Bundesländer gefragt, bessere Hilfestellungen und Beratungsangebote für die Erstellung von Medienentwicklungsplänen sowie die Hardware- und Bildungsmedien-Bedarfsermittlung für Schulträger bereit zu stellen. Die Zeit der schrittweisen Öffnung der Schulen mit eingeschränktem Präsenzunterricht sollte genutzt werden, um die notwendige technische Infrastruktur in den leerstehenden Schulgebäuden zu installieren.

5. Lehrkräfte benötigen Weiterbildung

Die Lehrkräfte haben in den letzten Wochen viel Kreativität und Flexibilität an den Tag gelegt. Während einige sich innerhalb des Lehrerkollegiums weitergebildet haben, haben andere vieles selbständig ausprobiert. Um das Interesse und Know-how für digitale Bildung weiterhin zu fördern und auszubauen, sollten Digitalkompetenzen als verpflichtendes Fortbildungsmodul im Schulgesetz verankert und finanziell gefördert werden. Nur so können LuL befähigt werden, digitale Lernwerkzeuge und Plattformen sinnvoll anzuwenden. Es muss dafür gesorgt werden, dass insbesondere Online-Weiterbildungen etabliert werden. Die Beantragung solcher Angebote sollte unbürokratisch und digital erfolgen.

Bitkom vertritt mehr als 2.700 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 1.900 Direktmitglieder. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.